

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Jähnrich, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Verhand Joh. von Achen, Krefeld, Buch. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.—R.

Nummer 50

Düsseldorf, den 12. Dezember 1931

Verhandlungsort Krefeld

## Was wird mit der Invalidenversicherung?

K. W. Die langanhaltende außerordentlich scharfe Wirtschaftskrise hat das große, staatliche Gebäude unserer deutschen Sozialversicherung bedenklich ins Wanken gebracht. Während bisher die Schwierigkeiten in der Hauptache nur die Arbeitslosenversicherung betrafen, fürchten diese sich nunmehr auch vor den anderen Versicherungsträgern auf. Unter diesen ist es besonders die Invalidenversicherung, die neuerdings mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Die Invalidenversicherung, ursprünglich aufgebaut auf das Anwartschaftsdeckungsverfahren, sah sich nach der Inflation gezwungen, zum Umlageverfahren überzugehen. Das Anwartschaftsdeckungsverfahren bestand darin, daß unabhängig von dem jeweiligen Bedarf die Beiträge so hoch bemessen waren, daß sie die Ausgaben der Versicherungsanstalten dauernd deckten. Dadurch wurden Überschüsse angehäuft, deren Zinsen eine Erhöhung der Beiträge bei allmählichem Anwachsen der Rentenlast verhindern sollten. Nach der Inflation war das in Jahrzehnten langsam angegesammelte Kapital bis auf einen ganz geringen Bruchteil zusammengekommen. So mußten die laufenden Einnahmen dazu dienen, den laufenden Verpflichtungen zu genügen. Rücklagen konnten nur in ganz beschränktem Umfang gemacht werden. Zu diesem Vermögensverlust durch Inflation trat dann noch als erschwerendes Moment die Auswirkung des Krieges auf die Leistungspflichten der Versicherung hinzu. Im Jahre 1910 betrug die Zahl der Rentenempfänger 1 024 000, im Jahre 1920 dagegen 2 638 000. Das ist eine Steigerung um 155 Prozent in diesem einen Jahrzehnt. Wenn auch ein großer Teil dieser Steigerung auf das Konto des Leistungsausbau — besonders für die hinterbliebenen der Versicherten — zu buchen ist, so ist doch unverkennbar, daß in dieser Zahl auch die Kriegswirungen eine Rolle kommen.

Der Übergang zum Umlageverfahren in der Invalidenversicherung mußte auch in diesen Versicherungszeiten einen gewissen Unsicherheitsfaktor hineintragen. Dadurch nämlich, daß die Einnahmen in der Hauptache mit zur Abdeckung der laufenden Verpflichtungen reichten, war für unvorhergesehene Verhältnisse keine entsprechende Rücklage vorhanden. So konnte es nicht ausbleiben, daß der katastrophale Niedergang der Wirtschaft mit seinem riesenhaften Arbeitslosen bei der noch dauernd ansteigenden Rentenlast die Versicherung in starke Bedrängnis bringen mußte. Die Arbeitslosen schieden nämlich als regelmäßige Beitragszahler aus. Sie leisten nur soviel an Beiträgen, als zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft unbedingt notwendig ist. Das sind 20 Marken der Lohnklasse II in zwei Jahren. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß auch die bedeutenden Lohnreduzierungen der letzten Zeit das finanzielle Einkommen stark beeinflußt haben, denn die Beiträge richten sich nach dem tatsächlich verhöhrten Lohn. Eine Aufstellung über den Markenverkauf im zweiten Quartaljahr 1931 zeigt, wie hoch der Prozentsatz der Versicherten ist, die in den unteren Klassen ihre Beiträge entrichten. So entfielen von 100 verkauften Beitragsmarken auf die einzelnen Lohnklassen:

Lohnklasse	Einkommenshöhe	Anteil der Marken an den Lohnklassen
I	bis 6 Mr.	3,3 Prozent
II	über 6—12 Mr.	13,6
III	12—18 "	18,3
IV	18—24 "	16,1
V	24—30 "	9,9
VI	30—36 "	7,9
VII	36 Mr.	30,9

Hier ergibt sich, daß 51,3 Prozent der Versicherten unter 24 Mr. pro Woche verdienen. Auch ein Remeis für die stark gekürzten Löhne der Arbeiterschaft.

Nach früheren Berechnungen sollten die zur Zeit geltenden Beiträge bis zum Jahre 1934 zur Ausgabendeckung genügen. Die Entwicklung der Wirtschaftskrise hat diese Berechnung gründlich zerstört. Die Jahre 1929 und 1930 brachten bereits einen Beitragsausfall von 206 Millionen Mark. Im Jahre 1931 wird der Aussall, gemessen am Voranschlag, bereits rund 325 Millionen Mark betragen. Während in den früheren Jahren Zollüberschüsse und Überschüsse aus dem Lohnsteuerertrag mit etwa 80 Millionen Mark der Versicherung zuglossen, fallen diese Zuschüsse für das Jahr 1931 vollständig weg. Außerdem vergütet die Invalidenversicherung der Reichspost für Markenverkauf und Rentenauszahlung jährlich 16 Millionen Reichsmark. Früher leistete die Reichspost diese Arbeit ohne jede Vergütung. Alle diese Ursachen haben bewirkt, daß trotz gewaltiger Einschränkungen im Beitragsaufwand für das Jahr 1931 ein Rückgriff auf die Reserven in Höhe von etwa 280 Millionen Mark notwendig wird. Nach vorsichtiger Schätzung ist für das Jahr 1932 ein Defizit von etwa 400 Millionen Mark zu erwarten.

Diese überaus ungünstige Lage der Finanzen der Invalidenversicherung könnte bei wesentlicher Verbesserung

## Die christlichen Gewerkschaften

### an die Regierung

Die christlichen Gewerkschaften richten an den Reichsminister und die Reichsregierung folgende Eingabe, in mit erneutem Nachdruck die Gesichtspunkte herausgestellt werden, die bei den künftigen Maßnahmen der Reichsregierung besonders berücksichtigt werden müssen:

Die Reichsregierung steht in diesen Tagen und Wochen vor schwerwiegenden Entscheidungen. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erkennt die Notwendigkeit eines entschlossenen Handelns, das zugleich in die Verhältnisse der einzelnen Volkschichten eingreift, an. Aus Sorge um die Interessen der arbeitenden Schichten und auch der Volksgesamtheit sieht er sich jedoch genötigt, die Reichsregierung dringend zu bitten, bei ihren Maßnahmen nachstehende Gesichtspunkte besonders zu berücksichtigen.

Um eine Schärfung der Kaufkraft zu vermeiden, muß mit allem Nachdruck auf eine

#### Senkung des Preisniveaus

hingearbeitet werden. Die Annahme, man brauche nur die Gehälter und Löhne zu senken, und die Preise fielen dann in entsprechendem Ausmaße von selbst, ist — besonders auch in Abrechnung der vielen Preisbindungen und verschiedenen Spannen — nicht haltbar. Im übrigen ist nicht zu leugnen, daß seit dem vor mehr als Jahrzehnt eingeschlagenen Absinken der Löhne die Preise der Abwärtsbewegung der Löhne nicht hinreichend gefolgt sind. Bei den angegebenen Beispielen wäre mehrfach das geschehen, daß die tarifmäßigen Stundenlöhne keinen zuverlässigen Vergleichsmaßstab abgeben.

In Wirklichkeit kommt es bei den Vergleichen auf den Effektivverdienst an, und dieser ist in der erwähnten Zeit in weit stärkerem Maße gesunken wie der Gesamtlebenshaltungsinde.

Zwar steht zu erwarten, daß auf Grund der Beratungen im Wirtschaftsrat gegen die gebundenen Preise in entsprechender Weise vorgegangen wird. Damit sind aber eine ganze Reihe von Gegenläufen, besonders solche, die für die Lebenshaltung entscheidend ins Gewicht fallen, nicht erfaßt. Wir bitten deshalb dringend darum, daß mit allem Nachdruck auch auf die Senkung der Lebensmittelpreise — vor allem durch Abbau der überhöhten Preisspannen — hingearbeitet wird.

Angesichts der Gesamtlage und auch der Strömungen in verschiedenen Kreisen ist die Befürchtung nicht ungerechtfertigt, daß die auch von uns als notwendig anerkannte

Senkung der Gestaltungskosten einseitig zu Lasten der Löhne und Gehälter erfolgt. Hiergegen müßten wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Wir weisen in diesem Zusammenhang dar-

auf hin, daß in den letzten Tagen und Wochen, sogar während der Beratungen des Wirtschaftsrates, in wichtigen Gewerken erneut erhebliche Lohnherabsetzungen erfolgten.

Dringend notwendig ist ferner eine Senkung des Mieten. Sowohl aus diesem wie auch aus dem Grunde, daß die überhöhten Zinsen und Zinsspannen unsere Wirtschaft auf das schwere belasten und den einseitigen Druck auf die Löhne erhöhen, glauben wir uns zu dem weiteren Hinweis verpflichtet, daß alles im Rahmen des Möglichen liegende schnell und durchgreifend geschehen muß, um hier zu gesunderen, die produktive Wirtschaft mehr entlastenden Verhältnissen zu kommen.

Die ebenfalls überhöhten, die Wirtschaft stark belastenden und den Lohndruck verstärkenden öffentlichen Löhnen sind mittelbar durch eine Überspannung des Verwaltungssapparates. Bei aller Würdigung der dringenden und teilweise übersetzenden Fragen, ferner der gewaltigen Schwierigkeit dieses Problems bitten wir deutlich dringend, die Frage der Verwaltungs- und Reichsreform alsbald in Angriff zu nehmen.

Wir haben das Vertrauen zur Reichsregierung, daß sie an den sozialen Grundrechten der Arbeitnehmer nicht rütteln läßt.

Wenn wir trotzdem auf diese Frage kurz eingehen, so deshalb, weil in unserem Volke die Aufhebung der sozialen Bindungen, also die Aufhebung des notwendigen Schutzes für die ammeiste der Hilfe und des Schutzes Bedürftigen immer wieder mit Nachdruck verlangt wird. Nicht allein aus sozialen, sondern auch aus staatspolitischen Gründen werden wir uns mit aller Stärke für die Erhaltung des sozialen Schutzes einsetzen.

Indem wir nochmals betonen, daß wir uns des Ernstes der gegenwärtigen Lage und auch der Tatsache voll bewußt sind, daß zur Behebung der schweren Weltkrise sowohl internationale wie innerwirtschaftliche Maßnahmen erforderlich sind, und die Bereitwilligkeit hervorheben, auch unsererseits Opfer zu bringen und noch bestent können an der Behebung der Schwierigkeiten mitzuverbeiten, sprechen wir zugleich die Erwartung aus, daß die Reichsregierung bei den bevorstehenden Maßnahmen auf die bereits sehr bedrängte Lage der Arbeitnehmer entsprechende Rücksicht nimmt.

Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

J. A. Bernhard Otte.

des Arbeitsmarktes wohl überwunden werden. Damit ist jedoch in nächster Zeit kaum zu rechnen. An Reserven hatte die Versicherung Ende 1930 etwa 1630 Millionen Mark. Dieses Vermögen liegt jedoch zum übergroßen Teil fest in Verwaltungsgebäuden, Heilstätten, Hypotheken für den Kleinwohnungsbau und festgestellten Parolen und Anteilen am Reich, Länder, Provinzen und Gemeinden. Ein verhältnismäßig geringer Rest der Reserven ist in Wertpapieren angelegt, die nur unter gewissen Kursverlusten realisierbar sind.

Die aus dieser Situation sich ergebenden Schwierigkeiten haben besonders in der letzten Zeit den Ruf nach Einstellungsaufbau ausgelöst. Hierdurch will man Ausgaben und Einnahmen wieder in Einklang bringen. Wie immer, wenn es um den Abbau der Sozialversicherung geht, finden wir die deutsche Arbeitgeberchaft bei diesem Abbaugeschrei in der vordersten Reihe. Bedenken wir jedoch, daß die Durchschnittsmonatsrente in der Invalidenversicherung etwa 37.— Mark beträgt, dann ist die Forderung nach Abbau dieser Rente nicht zu verstehen. Dies umso weniger, wenn nicht vorher alle anderen Möglichkeiten zur Annäherung der Einnahmen an die Ausgaben erschöpft sind. Bedenken wir weiter, daß schon jetzt 35—40 Prozent aller Rentenempfänger von der gemeindlichen Wohlfahrtspflege bezüglichst werden, dann wird die Forderung auf Abbau dieser Rente noch unverständlich.

Bei der nun schon seit längerer Zeit angespannten Finanzlage der Invalidenversicherung hätte eine frühzeitige Auflösung weiterer Beitrags-

kassen sicher günstige Wirkungen gehabt. Im Augenblick wird eine derartige Maßnahme kaum durchschlagen. Erfolg haben. Trotzdem wird man an einer solchen nicht herumkommen. Die Vergütung an die Reichspost, die in früherer guter Zeit nicht gegeben wurde, muß wieder befestigt werden. Der Wegfall dieser Vergütung kann zwar auch keine fühlbare Entlastung bringen, aber es sind immerhin einige Millionen, die eingespart werden. Die Verwaltungskosten, die bei den Landesversicherungsanstalten entstehen, müssen noch schärfer als bisher überprüft werden. Sicherlich sind auch da noch erhebliche Summen einzusparen. Ebenso dürfen Einsparungen möglich sein bei gewissen rein fürsorgerischen Leistungen. Weil aber alle diese Maßnahmen nicht genügen, solange keine wesentliche Verbesserung des Arbeitsmarktes eintritt, muß das Reich helfen, die eingestotenen Reserven flüssig zu machen, damit die Versicherung diese schwere Zeit übersteht.

Millionen deutscher Arbeitnehmer haben hier durch Jahrzehntelange Beitragsleistung Rechte erworben, die ihnen Rückhalt sein sollen in alten und siechen Tagen. Ihr Arbeitsentgelt war meist so bemessen, daß es nicht lange, um Rücklagen zu machen für die Tage der Not. Gerne haben sie deshalb zur Versicherung ihre Beiträge entrichtet in der Hoffnung auf wirkliche Hilfe für die Notzeit. Unzeit würde es gegenüber diesen Menschen in ihnen die harten Rente zu kürzen. Deshalb muß erwartet werden, daß bei den bald einsetzenden Verhandlungen über die Sanierung der Invalidenversicherung erst alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.



## Die lohnpolitische Lage

Die Schiedsprüche für die Münsterländische, für die Bielefelder, für die Herforder und für die Gütersloher Textilindustrie sind vom Reichsarbeitsministerium auf Antrag der Gewerkschaften verbindlich erklärt worden.

Im Oberbergischen Bezirk wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach die Löhne für den männlichen Arbeiter in der Spize um 2,5 Pf. und für die Arbeiterin um 2 Pf. von der laufenden Lohnwoche ab ermäßigt werden. Ab 1. 1. 1932 ermäßigen sich die Löhne für die männlichen Arbeiter um 1 weiteren Pfennig und für die weiblichen Arbeiter um weitere 0,8 Pf.

Für die Textilindustrie des Kreises Kempen wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach die Löhne von der laufenden Lohnwoche ab um 4,8 Prozent ermäßigt werden.

Für die Textilindustrie in Düren und Euskirchen wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach die Tariflöhne um 5,3 Prozent und die Akkordlöhne um 10 Prozent gesenkt werden.

Für die Seidenindustrie in Krefeld wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach die Löhne um 4,5–5 Prozent gesenkt werden.

### Ist hier noch ein Lohnabbau möglich?

Auf zwei 10/4-Stühlen (Revolverst.), ein Stuhl glatte Ware mit Kunstlederschuh, ein Stuhl (Schauselbstmaschine) mit Damenkleiderstoff, verdiente ein Weber in der schlechten Textilindustrie in fünf Wochen nachfolgende Lohnsätze. Da dieser Weber infolge seiner 41-jährigen Tätigkeit als Weber nicht zu den schlechtesten zählt, fallen diese Sätze besonders scharf auf.

Arbeitsstunden	verdienter Lohn	Wähle	Nettolohn	tariflicher Soll-Lohn	Über- oder Minderverdienst
24	15,52	1,37	14,15	14,28	+1,24
24	13,24	1,37	11,87	14,28	-1,04
24	12,62	1,37	11,25	14,28	-1,66
38	19,71	1,38	17,75	22,61	-2,90
38	16,30	1,37	14,93	22,61	-6,31

Mit Recht wirst du Kollege die Frage auf: Ist hier noch ein Lohnabbau möglich?

### Arbeitslosigkeit durch Arbeitslosenversicherung?

#### Neue Professorenweisheit.

„Die Ursachen der Wirtschaftskrise“ betitelt sich das anfangt erscheinende Buch, in dem Professor Ludwig Ries, Wien, den Stein der Weisen gefunden hat: „Die Arbeitslosenversicherung ist schuld an der Arbeitslosigkeit!“ So heißt die Quintessenz seiner epochenmässigen Erkenntnis, mit der plötzlich des Uebels Kern gefunden ist. Seine Beweisführung ist einfach: die Arbeitslosenversicherung ist deshalb schuld an der Arbeitslosigkeit, weil sie verhindert, daß der Arbeitslose sich um jeden Preis zu Arbeit anbietet. Würde die Versicherung nicht bestehen, dann müßte der Arbeiter, um nicht zu verhungern, Arbeit annehmen zu geringtem Lohn. Die Rentabilität des Unternehmens würde steigen und neue Arbeiter könnten eingestellt werden.

Diese Beweisführung ist in der Tat verblüffend einfach. Sie hat nur einen sehr großen Haken. Die Verhältnisse liegen heute doch so, daß der in Arbeit stehende Arbeiter kaum mehr verdient, wie der Arbeitslose an Unterstützung erhält. Besonders trifft dies zu bei Millionen von Kurzarbeitern. Trotzdem ist es gegenwärtig bei den „hohen“ Löhnen nicht möglich, die Produktion abzusehen, weil die Kaufkraft der Arbeiterschaft geschwunden ist. Nun sollen nach Professor Ries die Löhne noch weiter abgesenkt werden. Die Kaufkraft würde selbstverständlich noch mehr sinken und der Krieg noch mehr erschwert. Wie da die Rentabilität der Betriebe steigen soll und neue Arbeiter Beschäftigung finden sollen, ist das Geheimnis des Herrn Professors. Die bisherige Praxis des Lohnabbaues beweist das Gegenteil.

Von den Gewerkschaften wird behauptet, daß sie sich zu einer solchen Macht entwickelt haben und zu einem derartigen politischen Faktor im Staate und in der Deutschen Demokratie geworden sind, daß niemand sich gefreut, die Wahrheit auszusprechen. Weder die Zeitungen, die nicht den Vorwurf sozialen Züglens auf sich nehmen wollen, noch die Regierung, die sich fürchtet, unpopulär zu werden und sich der hemmungslosen Demagogie aller jener Parteien auszufügen, die mit einem Kampfgeschrei gegen jeden Lohnabbau begreiflicherweise den Zulauf der Massen haben.

Was hier von der ungeheuren Macht der Gewerkschaften gelegt wird, ist eine bewußte Überreibung und Verherrlichung. Gewiß sind die Gewerkschaften auf Grund ihrer Mitgliederzahlen eine Macht, mit der man rechnen muß. Aber der niedrige Lohnabbau der letzten Zeit beweist, daß die Macht der Gewerkschaften auch ihre Grenzen hat. Zudem haben die Gewerkschaften auch sehr starke Gegensteller in den Arbeitgeberverbänden. Diese sorgen ausgiebig dafür, daß die „vermeintliche Wahrheit“ der Deutschen Demokratie recht drastisch vor Augen gestellt wird. Man nehme nur eine einzige Nummer der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ zur Hand, und man wird finden, daß das, was Herr Professor Ries über Wirtschaftsfragen lehrt, in dieser Zeitung auch vertreten wird. Und wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, so schreiben darüber anderer Blätter im Solde der Arbeitgeber. Also es fehlt nicht an Blättern, die sich getrauen, die „Wahrheit“, wie Herr Professor Ries lehrt, auszusprechen.

Für Professor Ries steht es somit fest, daß die Arbeitslosigkeit als Dauer- und Massenerscheinung das Ergebnis der von den Gewerkschaften eingeschlagenen Politik, den Lohnzusatz hinzutreiben, ist. Ohne Arbeitslosenunterstützung hätte diese Politik nun längst Schiffbruch erleidet müssen. So aber muß die Arbeitslosigkeit weiter wachsen, den Menschen bleibt gar nichts anderes

## Berufsunfälle in der Textilindustrie

### Norddeutsche Textilberufsgenossenschaft

Noch dem Jahresbericht der norddeutschen Textilberufsgenossenschaft für 1930 waren am Anfang des Berichtsjahrs 2497 Betriebe versichert, 89 kamen hinzu, 134 fielen weg, so daß am Schluss des Jahres die Zahl der versicherten Betriebe auf 2432 gesunken war. 1929 waren 2576 Betriebe versicherungspflichtig; die Zahl der Vollarbeiter betrug 147 196; 1930 waren 128 831 Vollarbeiter beschäftigt. Die Zahl der versicherten Betriebe sank um 65, die der Vollarbeiter dagegen um 18 365. Die Gesamtlohnsumme betrug 1929: 254 017 529 RM., 1930: 226 712 544 RM. Der Durchschnittslohn betrug für einen Vollarbeiter 1929: 1726 RM., 1930: 1760 RM. Die Gesamtlohnsumme der Vollarbeiter hat sich um 9,3 Prozent, die Zahl der Vollarbeiter aber um 8,7 Prozent verringert.

Im Berichtsjahr wurden 5111 (1929: 5958) Unfälle und Berufskrankheiten gemeldet, davon ereigneten sich 570 (745) auf dem Wege zur oder von der Arbeitsstätte und 16 (6) Fälle sind Berufskrankheiten. Es ist keine Verminderung der Unfälle eingetreten; denn das Sinken der Unfallzahl um 8,5 Prozent kommt dem der Arbeiterzahl um 8,7 Prozent ungefähr gleich. Erstmals entzögigt wurden 406 Unfälle (1929: 454), davon 60 (83) Wegeunfälle.

Die meisten Unfälle ereigneten sich bei folgenden Betriebseinrichtungen:

Verletzungen an spitzen und kantigen Gegenständen, Glas, Metall, Holz oder dergleichen	293
a) Webstühle — ohne d.	289
b) Webstühlen	164
Fall von Leitern, Treppen, Karrbohlen, Laubstreitern, Gerüsten, Balken usw.	257
Fall auf ebener Erde, ebenem Boden	220
Wasser dampf und heiße Flüssigkeiten	163
Herab- und Umfallen von einzelnen Gegenständen	144
Stoßen an harten Gegenständen	132
Fall durch Glatteis, auf nassen und schlüpfrigem Boden	91
Krempeln (Karden, Kratzen)	81
Vorbereitungs- und Vorspinnmaschinen, Streichen, Dördler- und Rammaschinen	69
Selbstspinner (Selbstfaktoren)	66
Achsendreiecke, Saugen, Säuren, Alkohol und dergl. Spulmaschinen (Haipeln)	43

Tätigkeiten, die besonders häufig zu den Unfällen geführt haben:

Schmieren, Oelen, Putzen oder Reinigen der Triebwerke und Maschinen	185
Sonstiges Arbeiten an Maschinen	636
Zurückschlagen, Hochschlagen, Drehen oder Rütteln des Werkstücks oder Herausschieben des Werkstücks oder Werkzeugs	190
Verkehr im Betriebe	366
Auffstellen, Montieren, Auseinandersetzen, Abmontieren, Ausbessern	142
Entfernen kleiner Gegenstände (Späne, Werkzeug, Arbeitstücke, abfallendes Material oder dergl.) aus der in Gang befindlichen Maschine	141
Ingangsetzen, Stillsetzen, Umschalten	93
Zuleiten, Ableiten des Materials, der Stoffbahn, der Arbeitstücke	72
Handreichungen an Maschinen	122

Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit:

als Fußgänger ohne Zutun anderer Personen (Fall und dergl.)	197
als Fußgänger mit Zutun anderer Personen (Überfahrenwerden)	78
als Radfahrer ohne Zutun anderer Personen (Sturz)	162
als Radfahrer mit Zutun anderer Personen (Zusammenstoß, Überfahrenwerden)	113
Insasse eines Pferde- oder Motorfahrzeugs, Eisenbahnwagens und dergl.	30

#### Maßnahmen zur Unfallverhütung.

Die technischen Aufsichtsbeamten nahmen während des ganzen Jahres Betriebsbesichtigungen vor. Es wurde festgestellt, daß trotz der schweren wirtschaftlichen Lage der Zustand der Maschinen und Betriebseinrichtungen sich im bezug auf die Unfallsicherheit verbessert hat. Betriebe, in denen Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften be-

übrig, als ihren Lebensstandard beträchtlich herabzuzeigen und sehr viel von dem aufzugeben, was sie bisher als Lebensgewohnheit hingenommen hätten. Hier muß gesagt werden, daß die Arbeiterschaft in ihrer Menge durch Lohnabbau und Kurzarbeit schon so weit gekommen ist, daß sie nicht mehr dazu fähig ist zu geben. Es reicht nur noch zur Erhaltung einer ganz kümmerlichen Existenz. Mit dieser Tatsache fällt die ganze Beweisführung von Professor Ries in sich zusammen. Die Wirklichkeit redet eben bekanntlich eine andere Sprache wie graue Theorien.

#### Befreiung von der Hauszinssteuer.

Mit zunehmender Lohnsenkung beginnt die Rietlast immer drückender zu werden. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß der Mieter Befreiung von den Hauszinssteuerteilen der Miete verlangen kann, wenn sein Einkommen die folgenden Sätze nicht übersteigt:

Einzelpersonen u. Verheiratete ohne Kinder bis zu einem Einkommen von	RM. 1200.—
Verheiratete mit 1 Kind bis zu einem Eink. von	1300.—
2 Kindern bis zu einem Eink. von	1400.—
3	1500.—
4	1700.—

Für jedes weitere Kind erhöht sich die Befreiungsgrenze um 200 RM. Bemerkenswert sind den Verheirateten gleichgestellt.

Die Antragsformulare auf Befreiung von der Hauszinssteuer sind bei den zuständigen Bezirkssteuerämtern erhältlich bzw. Bezirkssteuerämtern erhältlich.

merkt wurden, hielten die Termine zur Anbringung der Schuhnorrichtung meist rechtzeitig ein.

Von der berufsgenossenschaftlichen Verwaltung wurden in mehreren Fällen gemeinsam mit dem Roten Kreuz oder den Arbeiter-Samariter-Kolonnen Ausbildungskurse für Betriebshelfer (Sanitäter) veranstaltet. Seitens der Berufsgenossenschaft wurde durch Rundschreiben zur Teilnahme an diesen Kursen aufgefordert, es gingen zahlreiche Anmeldungen der Berufsgenossenschaften ein. Die Ausbildungskosten trug die Berufsgenossenschaft.

### Sächsische Textilberufsgenossenschaft

Der Jahresbericht der sächsischen Textil-Berufsgenossenschaft für das Rechnungsjahr 1930 liegt vor. Damals waren 1930: 6129 (6198) Betriebe versichert, davon ruhten 266 (259). Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und versicherungspflichtigen Betriebsbeamten, einschließlich der kaufmännischen Angestellten, betrug 307 927 (311 666). Im Berichtsjahr wurden 82 409 086 (93 191 742) Arbeitstage geleistet, 300 Schichten gleich einem Vollarbeiter gerechnet, ergibt eine Vollarbeiterzahl von 274 697 gegenüber 310 640 vom Vorjahr. Die Zahl der Vollarbeiter hat 1930 um 9,9 Prozent abgenommen, die der Betriebe jedoch um 11,3 Prozent. Diese Zahlen zeigen deutlich die schlechte Lage der sächsischen Textilindustrie. Ein Vergleich mit den Vorjahren zeigt, daß mit Ausnahme der Betriebszahl alle Zahlen unter dem Stand von 1927 sind.

Im Jahre 1930 gingen 7997 (9988) Unfallmeldungen ein, davon sind 1336 (1572) als Wegeunfälle bezeichnet, und 44 (24) als Berufskrankheiten, 30 (34) hatten den Tod zur Folge. Erstmals entzögten wurden 692 Unfälle (707), darunter sind 168 (141) Wegeunfälle und 1 Berufskrankheit. Es wurden 1879 (2344) Maschinenunfälle angezeigt.

Die 692 (707) erstmalig entzögten sich bei folgenden Betriebseinrichtungen:

1930 1929	
Motoren, Transmissionen usw.	188 258
Fahrräthe, Aufzüge, Krane, Hebezeuge	5 10
Dampfkessel, Dampfkochapparate, Explosions	4 4
Sprengstoffe (Explosionen von Dynamit usw.)	19 11
Gase, Dämpfe, glühendes Metall usw.	36 19
Einsturz, Herab- oder Umfallen von Gegenständen	36 19
Fall von Leitern, Treppen usw. Luken, in Vertiefungen, auf ebener Erde	218 201
Auf- und Absteigen von Hand, Heden usw.	37 38
Überfahren, Absturz von Wagen oder Karren	113 92
Eisenbahnbetrieb, Überfahren usw.	2 5
Tiere (Schlag, Biss, Stoß), Unfälle b. Reiten	3 5
Hörnerauszeug und einfache Geräte	13 9
Elektrischer Strom	2 5
Sonstige	52 50
692 707	

#### Maßnahmen zur Unfallverhütung.

Im Berichtsjahr wurden 2937 Betriebe revidiert, es wurden 968 (657) Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. Neue Schutzvorrichtungen an Textilmaschinen wurden nicht bemerkt. Auf der technischen Messe in Leipzig im Frühjahr 1931 wurde eine neue Webschuhgarantie vorgeführt, ob sie sich bewährt, muß man abwarten. Es werden auch Versuche mit Webstühlen mit mechanischer Einfädelung des Schuhfadens gemacht — Gesundheitswebstühlen —, zwei Webereien haben sich bereits erklärt, eine größere Anzahl auszuprobieren. Die J. G. Garbenindustrie hat ein neues chemisches Waschmittel geschaffen, „Aordin“ (Tetraethyläthanol), neben wirtschaftlichen Vorteilen ist sein Hauptvorteil die Unbrennbarkeit. Für die Unfallverhütung ist der Fortschritt des feuergefährlichen Benzins ein großer Fortschritt; zur Verhütung von Berufskrankheiten muß für gute Abdichtung der Aordin-Waschanlagen gesorgt werden.

Wie in den Jahren vorher, so wurden auch 1930 eine größere Anzahl Vorträge über Unfallverhütung und Filmvorführungen gehalten, sie waren meist sehr gut besucht. In verschiedenen Arten wurden durch die sächsische Berufsgenossenschaft Betriebshelferkurse abgehalten.

### Nothilfe mit Kabarett und Tanz

Ein harter Winter steht vor der Tür. Für Millionen Arbeitnehmer und aus dem Berufsleben ausschieden ein Winter der Not. Regierung und öffentliche und private Organisationen rufen zur Hilfe auf. Gemeinsam mit der Roten Armee zu Leibe gehen, gemeinsam den betroffenen Volksgenossen in ihren schweren Sorgen beizustehen ist Gebot der Stunde. Erfreulich ist das Echo, das dieser Appell allgemein findet.

Aber auch dunkle Seiten zeigen sich in diesem gemeinsamen Hilfswerk. Bedenkt da ein großes westdeutsches Konzert- und Vergnügungslokal zum „Wohlfahrtsabend“ ein Konzert, Gefangenfest und — Tanz; neueste Tanz- und Modevorführungen.

Ein anderes Lokal ruft seine Gäste zum Nothilfswerk auf: Rondône-Vortragsauftritte — Kabarettvorführungen, Tanz — . Der Reinertrag ist für die Nothilfe bestimmt.

Wir

